

mit Schwerpunkt **M&A Report**

Einwanderung beeinflusst Akzeptanz der staatlichen Arbeitslosenhilfe kaum

Der Sozialstaat stärkt im Idealfall den sozialen Zusammenhalt, wird aber umgekehrt von einem politischen Konsens getragen, der bereits ein gewisses Maß an Zusammenhalt voraussetzt. Seit einigen Jahren wird vor allem im angelsächsischen Raum diskutiert, ob die Einwanderung möglicherweise den sozialen Zusammenhalt und damit die politische Unterstützung für den Sozialstaat schwächt.

Für Deutschland ist der Einfluss der Einwanderung auf die Akzeptanz des Sozialstaats bislang nicht empirisch untersucht worden. Eine aktuelle Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 10-008)

ermittelt den Einfluss von Informationen etwa zu Arbeitsmarktstatus, Familienstand und Wohnort gibt die Befragung Aufschluss über die Einstellung der Individuen zur Arbeitslosenversicherung. Kombiniert wird die Stichpro-



Selbst wenn der Anteil von Einwanderern an den Arbeitslosen steigt, bleibt die Zustimmung der Deutschen zur staatlichen Arbeitslosenversicherung hoch.

be des SOEP mit Daten der amtlichen Statistik zum Anteil der Ausländer an den registrierten Arbeitslosen auf den Ebenen der Bundesländer, der Raumordnungsregionen sowie der Kreise.

Die Studie konzentriert sich auf Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft, die in Deutschland geboren wurden. Für diese Gruppe stehen in den

zwei Erhebungswellen des SOEP je nach statistischem Modell zwischen 25.000 und 30.000 Beobachtungen zur Verfügung.

Starke Rolle des Staates

Die Personen wurden gefragt, ob ihrer Meinung nach der Staat oder der einzelne Bürger für die finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit verantwortlich sein sollte. Tendenziell sprechen sich die Befragten für eine wichtige Rolle des Staates aus: Rund zwei Drittel der Befragten sehen „nur den Staat“ oder „vor allem den Staat“ in der Verantwortung.

Untersucht wird nun, ob diese Zustimmung abnimmt, wenn sich der regionale Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen erhöht. Dieser Anteil liegt im Durchschnitt über alle Regionen bei 13 Prozent. Allerdings bestehen starke

IN DIESER AUSGABE

Einwanderung beeinflusst Akzeptanz der staatlichen Arbeitslosenhilfe kaum ..	1
Viel Potenzial zur Steigerung der Energieeffizienz bisher noch ungenutzt	2
Unternehmensbesteuerung in Europa – genaues Hinsehen lohnt sich	3
Ja zum Beruf – eine Frage des Charakters	4
Mittelstand wirkt stabilisierend	5
Nachgefragt: Wer hat Vorfahrt im Internet?	6
EZB-Länder-Rating wäre der falsche Weg	7
Konferenzen	9
ZEW intern	9-10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

regionale Unterschiede. So verzeichnet etwa Baden-Württemberg im Untersuchungszeitraum bei insgesamt niedriger Arbeitslosenquote einen Ausländeranteil an den Arbeitslosen von 24 Prozent, in Brandenburg liegt dieser Anteil dagegen bei nur einem Prozent.

Nur schwacher Einfluss des Ausländeranteils

Die Studie zeigt, dass tatsächlich ein negativer Zusammenhang zwischen dem regionalen Ausländeranteil unter den Arbeitslosen und der Zustimmung

von deutschen Nichteinwanderern zur staatlichen Unterstützung für die Arbeitslosen besteht. Allerdings ist dieser Zusammenhang eher schwach ausgeprägt. Größeren Einfluss auf die Haltung der Bürger zur Arbeitslosenversicherung haben andere Faktoren, wie etwa die Herkunft, das Geschlecht oder der eigene Status am Arbeitsmarkt. So befürworten tendenziell eher Frauen, Menschen mit geringerem Einkommen und Menschen aus Ostdeutschland eine Verantwortung des Staates bei der Hilfe für die Arbeitslosen. Berücksichtigt man diese und andere Drittvariablen

in der Analyse, so zeigt sich erst recht, dass sich für Deutschland allenfalls ein sehr schwacher Einfluss der Einwanderung auf die grundsätzliche Zustimmung zur staatlichen Hilfe für die Arbeitslosen nachweisen lässt. Selbst der im Betrag größte Koeffizient, der in der Studie gefunden wurde, sagt voraus, dass bei einem Anstieg des Ausländeranteils an den Arbeitslosen um einen Prozentpunkt die Akzeptanz der staatlichen Unterstützung für die Arbeitslosen gerade einmal um 0,014 Punkte auf einer Skala von 0 bis 5 zurückgeht.

Holger Stichnoth, stichnoth@zew.de

Viel Potenzial zur Steigerung der Energieeffizienz bisher noch ungenutzt

In der aktuellen Klimadebatte taucht immer öfter der Begriff „Green IT“ auf. Dies vermittelt den Eindruck, als ob sich die Unternehmen bei der Nutzung von Informationstechnologien (IT) zunehmend von Aspekten wie Energieeffizienz und Schonung der Umwelt leiten ließen. Dass dies bisher nur bedingt zutrifft, zeigt eine Umfrage von ZEW und Creditreform unter rund 900 Unternehmen, die sich durch eine hohe IT-Nutzung auszeichnen.

IKT-Dienstleister, also Unternehmen der Branchen Software und IT-Dienste, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste, sind aufgrund des eigenen Dienstleistungsangebots deutlich besser über Green IT informiert als wis-

sensintensive Dienstleister, also Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Wer-

bung. Bei den IKT-Dienstleistern geben rund 54 Prozent der Unternehmen an, mit dem Begriff „Green IT“ vertraut zu sein. Bei den wissensintensiven Dienstleistern sind dies nur rund 32 Prozent.

Die Vertrautheit mit Begriff und Inhalten von „Green IT“ heißt allerdings noch nicht, dass dies bereits Konsequenzen für die Praxis hat. So ist etwa der Energiebedarf für die unterbrechungsfreie Stromversorgung und den hohen Kühlbedarf von unternehmenseigenen Servern enorm. Um die Energieeffizienz zu steigern, sollten Unternehmen darauf achten, ihre Server möglichst auszulasten. Die ZEW-Umfrage zeichnet allerdings ein anderes Bild. So sind etwa bei einem Drittel der IKT-Dienstleister und bei rund 18 Prozent der wissensintensiven Dienstleister die Server zu weniger als fünfzig Prozent ausgelastet. Einen Auslastungsgrad zwischen 70 und 100 Prozent erreicht nur rund ein Drittel aller befragten Unternehmen. Hier ist noch Potenzial zur Steigerung der Energieeffizienz in den Unternehmen vorhanden.

Miruna Sarbu, sarbu@zew.de



Viele Unternehmen lasten ihre Server nicht effizient genug aus.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Unternehmensbesteuerung in Europa – genaues Hinsehen lohnt sich

Die effektive Steuerbelastung für Unternehmen variiert in Deutschland von Ort zu Ort. Es zeigt sich, dass die großen wirtschaftlichen Zentren der 16 deutschen Bundesländer die Unternehmen im internationalen Vergleich steuerlich hoch belasten. Dagegen liegen die Gemeinden mit der geringsten Effektivsteuerbelastung durchaus „auf Augenhöhe“ mit Schweizer Standorten wie Bern oder Genf. An die etablierten Niedrigsteuerstandorte an der Spitze des BAK Taxation Index – Hongkong oder den Schweizer Kanton Appenzell Ausserrhoden – reichen sie jedoch nicht heran.

Zu diesem Ergebnis kommt das Update 2009 des BAK Taxation Index für Unternehmen. Die Studie wird vom ZEW im Auftrag der BAK Basel Economics AG durchgeführt. Der BAK Taxation Index misst die effektive, bei einer inländischen Kapitalgesellschaft anfallende Steuerbelastung. Analysiert und verglichen werden weltweit über 80 Standorte in Industrieländern. Die Ergebnisse

Unterschiede, die der BAK Taxation Index 2009 erstmalig analysiert. Ausgewiesen wird für jedes der 16 deutschen Bundesländer sowie für jeden der 16 vom Index abgedeckten Schweizer Kantone die steuerliche Effektivbelastung in der wirtschaftlich bedeutsamsten Stadt, in der Gemeinde mit der geringsten Belastung sowie in der Gemeinde mit der Maximalsteuerlast.

den 109. Platz. Hinter München finden sich vornehmlich französische und US-amerikanische Standorte wie etwa Paris (31,5 Prozent) oder New York. In den am geringsten belastenden Gemeinden der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen beläuft sich die effektive Durchschnittssteuerbelastung dagegen lediglich auf 20 Prozent. Damit liegen sie nahezu gleichauf mit oder sogar vor Schweizer Metropolen wie Zürich (18,2 Prozent), Bern (18,5 Prozent), Basel-Stadt (20,9 Prozent) oder Genf (21,5 Prozent).

Erhebliches Belastungsgefälle

Die Belastungsminima in den deutschen Bundesländern finden sich allerdings in mit Blick auf die Einwohnerzahl weitaus kleineren Gemeinden. Ein erhebliches Belastungsgefälle zugunsten kleinerer Gemeinden zeigt sich indes auch für die Schweizer Kantone. So liegt die effektive Steuerbelastung am Kantonshauptort in 10 der 16 betrachteten Kantone erheblich über dem jeweiligen Kantonsminimum. Durch eine Einbeziehung der innerregionalen Belastungsspannen in den BAK Taxation Index verschärft sich der Vorsprung der Schweizer Standorte sogar zum Teil. So beträgt die Steuerbelastung im Kanton Schwyz 16,1 Prozent im Hauptort, aber nur 12,4 Prozent im Kantonsminimum. Dies verdeutlicht, dass selbst die im deutschen Vergleich niedrig besteuerten Gemeinden an die etablierten Standorte an der Spitze des Rankings nicht herankommen. Die Niedrigsteuerstandorte bleiben neben Hongkong weiterhin die Schweizer Kantone Appenzell Ausserrhoden (10,8 Prozent), Obwalden (11,1 Prozent) und Nidwalden (12,7 Prozent). Auch Schaffhausen und St. Gallen liegen unter steuerlichen Gesichtspunkten deutlich vorn.

Jost Heckemeyer, heckemeyer@zew.de



Ein Steuerbelastungsvergleich führt selbst innerhalb eines Landes zu unterschiedlichen Ergebnissen.

für das Jahr 2009 zeigen Hongkong an der Spitze des internationalen Steuer-rankings. Die effektive Durchschnittssteuerbelastung beträgt dort nun 9,7 Prozent. Die maximale Effektivsteuerbelastung findet sich dagegen in New York mit 41,8 Prozent. Darüber hinaus erheben insbesondere die 16 vom Index betrachteten Schweizer Kantone sowie osteuropäische Wirtschaftszentren niedrige Steuern.

Innerhalb Deutschlands und der Schweiz gibt es ebenfalls erhebliche

Unter allen betrachteten Wirtschaftszentren in Deutschland erhebt die thüringische Landeshauptstadt Erfurt die niedrigsten Unternehmenssteuern. Mit einer effektiven Durchschnittssteuerbelastung von 26,2 Prozent erreicht Erfurt im Index die Position 83 von insgesamt 124. Die deutsche Wirtschaftsmetropole mit der höchsten Steuerbelastung, München, rangiert mit einem effektiven Durchschnittssteuersatz von 29,1 Prozent dagegen im deutlich höheren Bereich des Rankings. Sie erreicht

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Ja zum Beruf – eine Frage des Charakters

Die Entscheidung von Frauen, berufstätig zu sein, wird insbesondere von bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen beeinflusst. So nehmen Frauen, die in hohem Maße gewissenhaft, extrovertiert und erfahrungsoffen sind, mit größerer Wahrscheinlichkeit am Erwerbsleben teil als Frauen, die eine weniger starke Ausprägung dieser Merkmale aufweisen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Universität Konstanz, die im Rahmen des Leibniz-Netzwerks „Nichtkognitive Fähigkeiten: Erwerb und ökonomische Konsequenzen“ entstand. Es wird am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) koordiniert.

Die Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 10-003) basiert auf dem Big Five Konzept der Persönlichkeitspsychologie. Es unterscheidet fünf Persönlichkeitsfaktoren: Extraversion, Verträglichkeit, Gewissenhaftigkeit, Neurotizismus und Offenheit für Erfahrungen. Extrovertierte Menschen gelten als freundlich, gesellig, durchsetzungsfähig, aktiv und fröhlich. Verträglichkeit definiert

Die Studie des ZEW wertet Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) aus dem Jahr 2005 aus. In dieser Befragungswelle wurden die Teilnehmerinnen gebeten, die eigene Persönlichkeit nach dem Big Five Konzept einzuordnen. Daneben wertet die Studie Angaben etwa zum Arbeitsmarktstatus, zum Alter, zur Bildung oder zur familiären Situation der Frauen aus.



Ob Frauen einen Beruf ausüben, hängt stark von ihrer Persönlichkeit ab.

sich vor allem durch die Eigenschaften Verlässlichkeit, Selbstlosigkeit, Teamfähigkeit, Bescheidenheit und Verständnis. Als gewissenhaft werden insbesondere Menschen mit Selbstvertrauen, Ordnungsliebe, Pflichtbewusstsein, Ehrgeiz, Disziplin und Umsicht klassifiziert. Menschen mit ausgeprägtem Neurotizismus gelten als eher ängstlich und sorgenvoll. Sie sind relativ leicht aus dem seelischen Gleichgewicht zu bringen und verlieren schneller das richtige Maß. Jemand der erfahrungsoffen ist, gilt eher als phantasievoll, wissbegierig, experimentierfreudig und intellektuell.

Insgesamt wurde eine repräsentative Stichprobe von 3.390 Frauen im Alter zwischen 25 und 54 Jahren untersucht. Als erwerbstätig gelten dabei Frauen, die in Vollzeit oder Teilzeit arbeiten. Auch geringfügig Beschäftigte, Frauen im Mutterschutz und Erziehungsurlaub sowie Frauen, die als arbeitslos registriert sind und gleichzeitig aktiv eine neue Stellung suchen, werden in der Studie als erwerbstätig definiert.

Ziel der Studie ist es, die Wirkungskanäle der Persönlichkeitsmerkmale zu untersuchen. Denkbar ist zum einen ein direkter Effekt auf die Arbeitsmarktpar-

tizipation. Zum anderen ist es möglich, dass die Löhne der Frauen von Persönlichkeitsmerkmalen abhängen und sich somit indirekt auf die Entscheidung, berufstätig zu werden, auswirken.

Gewissenhafte Frauen sind eher berufstätig

Die ökonometrischen Analysen belegen einen starken direkten Einfluss der Persönlichkeitsmerkmale auf die individuelle Arbeitsmarktbeteiligung. Dabei wirkt sich das Merkmal der Gewissenhaftigkeit am stärksten aus. So zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit für Frauen, einem Beruf nachzugehen, um 42 Prozentpunkte steigt, wenn die Charaktereigenschaft der Gewissenhaftigkeit maximal ausgeprägt ist, alle anderen Persönlichkeitsmerkmale jedoch nur durchschnittlich vorhanden sind. Ebenso haben die Charakterzüge Extraversion und Offenheit für Erfahrungen einen starken positiven Einfluss auf die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen. Die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen erwerbstätig sind, sinkt jedoch bei hohen Werten für Neurotizismus. Demgegenüber hat das Persönlichkeitsmerkmal der Verträglichkeit keine Wirkung auf die Arbeitsmarktentscheidung der Frauen.

Die Lohnhöhe von Frauen wird stark vom Charakterzug der Verträglichkeit bestimmt. So zeigt sich, dass Frauen, die in hohem Maße als verträglich gelten, schlechter bezahlt werden als Frauen mit niedriger Ausprägung dieser Eigenschaft. Offenbar sind verträgliche Frauen in Lohnverhandlungen weniger durchsetzungsstark. Möglicherweise arbeiten sie aber in schlechter bezahlten Branchen, etwa in sozialen Berufen. Dagegen werden wiederum Frauen, die stark extrovertiert sind, tendenziell besser bezahlt als schwach extrovertierte Frauen.

Prof. Dr. Winfried Pohlmeier,
winfried.pohlmeier@uni-konstanz.de
Laura Wichert, laura.wichert@uni-konstanz.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Mittelstand wirkt stabilisierend

Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) waren im Jahr 2009 von der schweren Wirtschaftskrise stark betroffen. Insgesamt erwiesen sie sich aber als Stabilisatoren der Konjunktur. Während die in höherem Maße auf den Weltmarkt ausgerichteten Großunternehmen von der Rezession besonders hart getroffen wurden, wirkte sich die Krise auf den in der Breite stärker auf das Inland ausgerichteten Mittelstand weniger heftig aus. Dies zeigt der neue MittelstandsMonitor 2010, den die KfW Bankengruppe jährlich gemeinsam mit dem Verband der Vereine Creditreform, dem IfM Bonn, dem RWI Essen und dem ZEW Mannheim erstellt. Im MittelstandsMonitor werden insbesondere Konjunktur- und Strukturfragen von KMU untersucht.

Der MittelstandsMonitor 2010 zeigt, dass die Investitionsbereitschaft vieler Mittelständler trotz der krisenbedingt schlechten Ertragslage nur begrenzt nachgelassen hat. Viele Unternehmen planen zumindest Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen, um ihre Produktionsanlagen nicht veralten zu lassen. Zugleich ist ein Großteil der kleinen und mittleren Unternehmen trotz der Krise bestrebt, knappes Fachpersonal an sich zu binden. Denn trotz des konjunkturell schwierigen Umfelds hatten viele Unternehmen Probleme, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen.

Mangel an Fach- und Führungskräften

So hatte im Jahr 2009 ein Drittel der Personal suchenden Unternehmen Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen insbesondere für Fach- und Führungskräfte. Grund hierfür war nicht allein der Mangel an geeigneten Bewerbern, sondern auch die nicht ausreichenden Anreize der Unternehmen. Allerdings sind kleine und mittlere Unternehmen als potenzielle Arbeitgeber für Bewerber nicht von vornherein weniger attraktiv als große Unternehmen. Eine Analyse mit den Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) zeigt, dass kleine und mittlere Unternehmen nicht grundsätzlich schlechtere Arbeitsbedingungen bieten als Großunternehmen. Gerade kleine Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten schneiden bei einer Bewertung durch die Arbeitnehmer in vielen Bereichen genau so gut und in einigen so-

gar besser ab als die großen. Grundsätzlich lässt sich festhalten: Die kleinen und mittleren Unternehmen bieten attraktivere immaterielle Anreize. Die Großunternehmen liegen bei den materiellen Anreizen vorn.

Im Jahr 2009 stieg die Anzahl der Existenzgründungen gegenüber dem Vorjahr deutlich an. Dies liegt vor allem an der schlechteren Arbeitsmarktlage infolge der Wirtschaftskrise. Gründun-

2009 löste die Wirtschaftskrise einen sprunghaften Anstieg der Unternehmensinsolvenzen um schätzungsweise 16 Prozent auf insgesamt 34.300 Fälle aus. Für 2010 wird ein weiterer Anstieg der Unternehmensinsolvenzen befürchtet.

Informationsdefizite behindern Kreditvergabe

Mittelständische Unternehmen finanzieren Innovationen zu über 70 Prozent mit internen Mitteln und nur zu zwölf Prozent mit Bankkrediten. Allgemeine Investitionen werden dagegen knapp zur Hälfte intern und zu einem Drittel durch Bankkredite finanziert. Das Informationsgefälle zwischen Unternehmen und externen Kapitalgebern über Ertragspotenziale geplanter Innovatio-



Viele Unternehmen investieren trotz der Krise in verbesserte Produktionsanlagen.

gen mit dem Ziel der Vermeidung von Arbeitslosigkeit oder als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit, die in den zurückliegenden Boomjahren an Bedeutung verloren hatten, haben wieder zugenommen. Dies belegt auch die Anzahl der Eintritte in die Programme der Bundesagentur für Arbeit, mit denen sie Arbeitslose beim Schritt in die Selbstständigkeit unterstützt. Sollten die Arbeitslosenzahlen im Jahr 2010 steigen, ist mit einer weiteren Zunahme der Gründungsaktivität zu rechnen. Im Jahr

nen verhindert häufig die Finanzierung durch Kredite. Hiervon sind vor allem hochinnovative Unternehmen betroffen. Die starke Abhängigkeit von internen Finanzierungsquellen birgt die Gefahr, dass Unternehmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wegen Finanzierungsproblemen ihre Innovationsvorhaben nicht verwirklichen können.

Den vollständigen Bericht zum MittelstandsMonitor 2010 finden Sie unter: www.mittelstandsmonitor.de

Dr. Michaela Niefert, niefert@zew.de

Nachgefragt: Wer hat Vorrang im Internet?

Datentransport mit Vorrang übers Internet ist ökonomisch sinnvoll

Ob E-Mails, Live-Videos oder Internettelefonie: In den vergangenen Jahren haben die Datenmengen, die täglich ihren Weg durch das Internet suchen, stark zugenommen. Bislang werden alle Datenpakete gleich behandelt – unabhängig davon, welcher Nutzer oder Dienst sie generiert hat und welche Inhalte sie transportieren. Nun aber ist eine Debatte über das Prinzip der Datengleichbehandlung im Netz, die so genannte „Netzneutralität“, ins Rollen gekommen. Dr. Margit Vanberg, Mitarbeiterin der ZEW-Forschungsgruppe Informations- und Kommunikationstechnologien, erläutert, warum ein bevorzugter Datentransport im Internet sinnvoll ist.

Wie kommt es überhaupt zur Netzneutralität? Leuchtet es nicht grundsätzlich ein, wichtigen Informationen Vorrang zu gewähren?

Das Prinzip der Netzneutralität erklärt sich historisch aus einer technischen Notwendigkeit. Als das Internet konzipiert wurde, war Rechnerkapazität sehr teuer. Die „Paketvermittlung“ im Internet sieht deshalb vor, dass die notwendige Rechnerleistung an den Endpunkten der Kommunikation vorhanden ist. Auf ihrem Weg durchs Netz werden die Datenpakete dann von einfachen Computern, sogenannten Routern, nach einfachen Algorithmen gesteuert. Bei Überlast im Netz werden die Datenpakete in eine Warteschleife geschickt und nach dem Prinzip „first-in, first-out“ abgearbeitet. Der technische Fortschritt im Bereich der Rechnerleistung macht es heute möglich, die zu vermittelnden Daten unterschiedlich zu behandeln. Innerhalb geschlossener Netze, etwa Firmennetze, ist es für Netzbetreiber heute eine Selbstverständlichkeit, dass sie so genannte Traffic-Management-Software einsetzen, um, bei gegebener Netzkapazität, die Datendurchleitungsqualität zu verbessern. Sie behandeln zeitkritische Daten, etwa für Internettelefonie, mit höherer Priorität als zeitunkritische Daten, beispielsweise für E-Mails.

Warum gibt es Streit darüber, wichtige Daten im Internet bevorzugt weiterzuleiten?

Bislang gibt es keine Regulierung, die Netzneutralität festschreibt. Die Netzbetreiber wollen, dass dies so bleibt. Denn für die Zukunft möchten sie sich die Option offen halten, eine Priorisierung von Daten, wie sie bereits im eigenen Netz teilweise Praxis ist, auch über Netzgrenzen hinweg, das heißt zwischen verschiedenen Netzbetreibern, vorzunehmen. Die Provider könnten ihren Kunden dann differenzierte Datentransportdienste anbieten und für diese unterschiedliche Preise verlangen. Für Nutzer und Diensteanbieter würde dies allerdings bedeuten, dass sie sich überdurchschnittlich schnelle Verbindungen zu höheren Preisen erkaufen müssten.

Sind es demnach vor allem die Netzbetreiber, die für die Priorisierung von Daten eintreten, weil sie dadurch ihre Gewinne steigern könnten?

Ja, denn mit herkömmlicher Telefonie verdienen Netzbetreiber nicht mehr viel. Sie suchen nach neuen Erlösquellen und sehen beim Internetverkehr eine Möglichkeit, zumal ihre Investitionen in den Netzausbau von den hohen Datenmengen, die im Internet transportiert werden, getrieben sind. Heute rechnen Netzbetreiber ihre Datentransportleistungen grob gesprochen nach Volumen ab. Die Einführung von Qualitäts- und Preisdifferenzierung gäbe ihnen die Möglichkeit, Kunden mit hohen Kapazitäts- und Qualitätsanforderungen, etwa für Internet-TV, Online-Gaming oder Video-Konferenzen, einen höheren Preis abzuverlangen. Diese Geschäftsmodelle würden das Prinzip der Netzneutralität jedoch aufheben.

Wer ist die Gegenseite beim Streit um die Netzneutralität?

Gerade die großen Inhalte-Anbieter, wie etwa Google, Amazon und Ebay reagieren sehr sensibel auf diese Debatte, da sie einen hohen Wert auf die Qualität des Datentransports legen. Sie sehen sich als vermeintliche Verlierer der Preisdifferenzierung, vor allem weil sie dadurch höhere Kosten und sinkende Gewinne befürchten. Deshalb setzen sie sich, und mit ihnen



Dr. Margit Vanberg promovierte im Jahr 2008 an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Ihre Dissertation mit dem Titel „Competition and Cooperation Among Internet Service Providers: A Network Economic Analysis“ untersucht die Wettbewerbsbedingungen im Markt für Internetdienste. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre war sie bei der Arcor AG & Co. im Bereich Regulierungsökonomie beschäftigt. Seit dem Jahr 2001 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe „Informations- und Kommunikationstechnologien“ am ZEW. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Wettbewerbspolitik und Regulierung in Netzindustrien.

liche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe „Informations- und Kommunikationstechnologien“ am ZEW. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Wettbewerbspolitik und Regulierung in Netzindustrien.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

viele Nutzer, für die gesetzliche Fest-schreibung der Netzneutralität ein.

Wäre es denn sinnvoll, die Netzneutralität gesetzlich zu garantieren?

Regulatorische Eingriffe in den Markt für Internettransportdienste, sind nur dann gerechtfertigt, wenn Marktmacht vorliegt, die missbraucht werden könnte. Die Frage lautet also, ob es in dem Markt für Internettransportdienste Marktmacht gibt. Auf der Ebene der Weitverkehrsnetze des Internets stehen mehrere große Netzbetreiber im Wettbewerb zueinander. Der Wechsel zwischen diesen Netzen ist für Kunden, die dort Datentransportdienste einkaufen, einfach. Anders sieht es auf der Ebene der lokalen Anschlußnetze aus. Hier gibt es Teilbereiche, die nicht-an-greifbare natürliche Monopole darstellen. Wenn es nur einen Anbieter gibt, der Netzinfrastruktur besitzt, welche die Endkunden mit den Weitverkehrsnetzen verbindet, dann besteht die Gefahr, dass Marktmacht durch den Eigner dieser monopolistischen Infrastruktur missbraucht wird. Ein Inhaber einer monopolistischen Infrastruktur im Bereich des Anschlussnetzes könnte etwa seinen eigenen vertikal integrierten Online-Dienst bei der Durch-

leitung von Daten an die Endkunden bevorzugt behandeln.

Demnach wäre es doch im Interesse der Nutzer, wenn der Staat regulatorisch eingreifen würde?

Ja, aber nicht auf der Ebene des Datentransports. Denn der monopolistische Engpass liegt im Bereich der Infrastruktur auf der so genannten letzten Meile. Regulierung muss für diskriminierungsfreien Zugang zu dieser monopolistischen Netzinfrastruktur sorgen. Alternative Online-Dienste Anbieter müssen die Möglichkeit haben, die letzte Meile zu mieten oder aber die Datenzuführung zum eigenen Weitverkehrsnetz zu regulierten Preisen zu beziehen. Die ex-ante Regulierung im Telekommunikationsmarkt sieht genau dies vor, so dass eine zusätzliche Regulierung der Internettransportdienste nicht gerechtfertigt ist.

Wenn Netzneutralität nicht gesetzlich festgeschrieben wird, was ändert sich dann für einen durchschnittlichen Internetnutzer?

In der aktuellen Debatte geht es um den Vorwurf, dass die Aufgabe der Netzneutralität einer Internetzensur gleichkäme, Inhalte würden kontrolliert. Es wäre unklar, wer entscheiden

dürfe, welche Daten Vorfahrt erhielten. Damit geht die Diskussion aber in eine völlig falsche Richtung. Denn schließlich kann jeder Kunde und jeder Inhalte-Anbieter selbst entscheiden, ob er bereit ist, einen Vertrag mit einem Provider abzuschließen, der ihm einen schnelleren Datentransport zu einem höheren Preis garantiert. Dies ist für alle Anbieter und Nutzer von Echtzeit-Anwendungen interessant, ob es nun um elektronischen Börsenhandel, die Internetzuschaltung von Spezialisten zu Operationen oder auch um Online-Spiele geht. Nutzern, die zum Beispiel vor allem E-Mails verschicken, Öff-nungszeiten oder Fahrpläne im Internet recherchieren, könnten vermutlich gut mit einer um Sekundenbruchteile verzögerten und damit preislich günstigeren Verbindung leben – sie fiele ihnen vermutlich noch nicht einmal auf. Die Vorstellung, dass die Daten von Dritten eingesehen werden, um sie zu priorisieren, ist ebenso falsch. Um eine Differenzierung technisch zu gewährleisten, reicht ein Eintrag in einem dafür vorgesehenen Feld im IP-Paket – der Datenschutz wäre gewährleistet.

Dr. Margit Vanberg, vanberg@zew.de
Kathrin Böhrner, boehmer@zew.de

EZB-Länder-Rating wäre der falsche Weg

Die bisherigen Erfahrungen mit der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise haben in Europa zu einer intensiven Reformdebatte über neue Regeln und Institutionen geführt. Angesichts der Überschuldung und drohenden Zahlungsunfähigkeit Griechenlands wurde der Vorschlag gemacht, die Aufgabe der Bonitätsbewertung souveräner Schuldner der Europäischen Zentralbank zu übertragen, um so unabhängig vom Urteil privater Rating-Agenturen zu werden. Die Argumente zugunsten dieses Vorschlags halten einer näheren Betrachtung nicht stand und eine Umsetzung könnte der fiskalischen Glaubwürdigkeit in der Eurozone weiteren Schaden zufügen.

Ausgelöst durch die Griechenland-Krise wurde der Vorschlag gemacht, dass europäische Institutionen wie etwa die Europäische Zentralbank (EZB) künftig die Kompetenz für die Bonitätsbeurteilung von EU-Mitgliedstaaten erhalten sollten. Es dürfe nicht sein, so

das Argument, dass private Rating-Agenturen wie im Fall Griechenlands durch eine Herabstufung eine Krisensituation provozieren und im Extremfall ein Land in die Schuldenkrise und Zahlungsunfähigkeit stoßen können. Was ist von dieser Idee zu halten?

Zunächst einmal ist es eine offensichtliche Fehlinterpretation, willkürlich agierende Rating-Agenturen oder unverantwortliche Spekulanten für den Anstieg der Risikoprämien für die Anleihen hoch verschuldeter EU-Staaten verantwortlich zu machen. Hier werden Ursache und Wirkung verwechselt. Wohl selten war die fundamentale Rechtfertigung einer Herabstufung der Bonitätsbewertung und einer ansteigenden Risikoprämie so eindeutig wie im Fall der griechischen Staatsanleihen: Eine jahrelange verantwortungslose Budgetpolitik hat im Zusammenspiel mit der Wirtschaftskrise und zu

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Tage getretenen statistischen Manipulationen die fiskalische Glaubwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit Griechenlands fundamental in Frage gestellt. Man wundert sich eigentlich, dass die Risikoprämien angesichts der miserablen Budgetdaten nur drei bis vier Prozent betragen haben. Wenn ein Vorwurf

Endlich ist diese Disziplinierung, zu der selbstverständlich Rating-Herabstufungen gehören, in Gang gekommen und stellt ihre Funktionsfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis. Alle Bemühungen, über den Stabilitätspakt zur Budgetdisziplin anzuhalten, sind seit dem Beitritt Griechenlands zur Euro-



Bonitätsratings durch die EZB stünden unter Verdacht, politisch motiviert zu sein.

an die Rating-Agenturen gerechtfertigt ist, dann am ehesten der, dass sie nicht früher vor der griechischen Schiefelage gewarnt haben. Allerdings sind die Agenturen durch gefälschte Statistiken ebenso getäuscht worden wie die Wächter des Stabilitätspakts in der Europäischen Kommission.

Ein weiteres Missverständnis liegt darin, in der verschlechterten Bonitätsbewertung und den gestiegenen Risikoprämien eine ungewollte Fehlentwicklung zu sehen. Die Grundidee des im Vertrag von Maastricht vereinbarten Haftungsausschlusses war es ja gerade, eine Disziplinierung unsolider Schuldner über bonitätsabhängige Risikoprämien in Gang zu setzen. Diesem Zweck dient nicht nur die No-Bailout-Klausel, sondern auch das Verbot eines bevorrechtigten Zugangs zu privaten Krediten oder zu jeglichem Zentralbankkredit. In Maastricht wurde bewusst eine Fiskalverfassung geschaffen, in der sich die EU-Mitgliedstaaten eigenverantwortlich und ohne Privilegien Kredite verschaffen müssen und bei Überschuldung durch Risikoprämien sanktioniert werden sollen.

zone im Jahr 2001 wirkungslos verpufft. Kaum stellt sich aber der Disziplinierungsdruck der Märkte ein, nimmt die griechische Regierung unverzüglich ein wirklich ernsthaftes Konsolidierungsprogramm in Angriff, auf das man zuvor zehn Jahre lang vergeblich warten musste. Den angeblich so destruktiven Spekulanten und Rating-Agenturen ist somit ein Beitrag zur fiskalischen Stabilisierung der Eurozone gelungen, an dem Europas Politiker jahrelang gescheitert sind. Dies ist ein Erfolg. Anhänger eines fundamental stabilen Euro sollten diese Entwicklung begrüßen.

Politisieretes Rating

Aus diesen Gründen wäre es kontraproduktiv, nun über eine Politisierung des Länder-Ratings ein Ende dieses marktmäßigen Disziplinierungsmechanismus zu betreiben. In diesem Zusammenhang ist der Plan, private Agenturen beim Länderrating zu entmachten und diese Verantwortung der Europäischen Zentralbank zu übertragen, falsch. Bei allem Respekt vor der Leistung und der geldpolitischen Unabhän-

gigkeit der EZB: Aber wer würde denn ein wirklich neutrales Bonitätsurteil dieser Institution über einen Mitgliedstaat der Eurozone erwarten? Im EZB-Rat sitzen die Zentralbankpräsidenten von vielen Staaten mit massiven kurz- und langfristigen Budgetproblemen. Welche Reputation hätte ein solches Rating? Wäre ein derart politisiertes Rating nicht ein Bären dienst für die viel geforderte budgetäre Transparenz? Wäre nicht eine falsche politische Rücksichtnahme zu erwarten, die realistische Rating-Herabstufungen gefährlich hinauszögern würde?

Ramschanleihen als Sicherheit

Kritischer noch ist die Frage, wie sich die EZB davor schützen könnte, Ramschanleihen von hoffnungslos verschuldeten Euroländern als Sicherheiten bei geldpolitischen Operationen akzeptieren zu müssen. Dieser Schritt würde den Disziplinierungsdruck schwächen, der sich derzeit durch die drohende Disqualifikation von Staatsanleihen als EZB-Sicherheit ergibt. Mit einem EZB-Rating stünde Ländern mit kritischer Verschuldung der Weg offen, ihre Anleihen an die eigenen Banken zu verkaufen, die diese wiederum zur Absicherung von EZB-Krediten nutzen würden.

Natürlich ergeben sich aus der Griechenland-Krise viele unbeantwortete Fragen zur Fortentwicklung der fiskalischen Institutionen in Europa. Vordringlich ist die Schaffung eines Verfahrens, bei dem Gläubiger eines Schuldenstaats im Fall einer Schuldenkrise an den Kosten der Restrukturierung beteiligt werden, ohne dass dies zu systemischen Risiken führt.

Es ist zu prüfen, durch welche Art von Regulierung die Qualität von Bonitätsbewertungen durch private Agenturen verbessert werden kann. Pläne, die auf eine Schwächung der Marktdisziplinierung oder eine Politisierung der Bonitätsbewertung setzen, sind indes nicht zielführend und sollten ad acta gelegt werden.

Dr. Friedrich Heinemann,
heinemann@zew.de

KONFERENZEN

Professor Bruno Frey zu Gast am ZEW

Im Februar gab es mit der „Ökonomie des Glücks“, einem Vortrag von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Bruno Frey von der Universität Zürich, ein besonderes Highlight im Rahmen des ZEW Research Seminars. Beim ZEW Research Seminar geben ZEW-Wissenschaftler und externe Referenten Einblicke in den Forschungsstand ausgewählter Fachgebiete und Forschungsprojekte.

Es sollte nicht überraschen, dass sich Wirtschaftswissenschaftler intensiv mit dem Thema „Glück“ beschäftigen. Schließlich ist die Idee der Nutzenmaximierung eines der zentralen Konzepte in der Ökonomie. Der Nutzen kann nicht direkt gemessen werden, sondern wird aus dem beobachteten Verhalten der Akteure abgeleitet. Eine andere Möglichkeit, ihn zu erfassen, stellen Studien dar, die Menschen nach ihrer subjektiven Lebenszufriedenheit, nach Glück also, befragen.

Auch die Frage nach den Ursachen für individuelles Glück ist für Ökonomen von hoher Relevanz. Im Rahmen des ZEW Research Seminars verwies Bruno Frey auf drei Ursachengruppen. Das seien, so Frey, zum einen die demografischen Faktoren. Unter ihnen spiele insbesondere die Gesundheit eines Individuums die größte Rolle. Auch stellt Frey einen systematischen Zusammenhang zwischen Glück und Alter fest: Das Wohlbefinden falle von der Jugend bis Mitte 30 leicht ab. Danach nehme es wieder zu. Darüber hinaus zeigen Freys Forschungen, dass Paare glücklicher

sind als Singles und Hausfrauen glücklicher als Menschen im Berufsleben.

Unter den wirtschaftlichen Faktoren dominiere die Arbeitslosigkeit als „Glücksdämpfer“. Entgegen vieler Annahmen steigere ein höheres Einkommen das Glücksempfinden allerdings nur wenig, so Frey. Bezieher höherer Einkommen fühlten sich zwar glücklicher als solche mit niedrigerem Verdienst, aber der Unterschied sei nicht besonders groß. Entscheidender als das absolute Einkommen ist Frey zufolge der Vergleich mit anderen Personen.

Frey und seine Mitarbeiter können darüber hinaus einen ganz anderen Einfluss auf das Glück nachweisen: die institutionellen Faktoren. Je stärker entwickelt die Institutionen der direkten Demokratie seien, desto glücklicher seien auch die Menschen. Könnten sich die Bürger mittels Initiativen und Referenden unmittelbar politisch beteiligen, seien die Politiker gezwungen, auf deren Wünsche einzugehen. Zum Nutzen aus dem vorteilhaften Ergebnis komme ein Nutzen aus der Beteiligungsmöglichkeit an sich. Wenn die

Bürger das politische Geschehen mitbestimmen könnten, seien sie darüber hinaus bereit, Entscheidungen zu akzeptieren, die ihnen ansonsten nicht unbedingt gefielen, so Frey. Dieses Ergebnis schließt nahtlos an frühere Forschungsergebnisse an, die günstige Auswirkungen der direkten Demokratie auf die Steuermoral und das Pro-Kopf-Einkommen der Bürger nachweisen.

Glück ist nicht nur Privatsache

Im Gegensatz zu manchen Auffassungen werde Glück demnach nicht nur im engen privaten Raum bestimmt, sondern habe mit den wirtschaftlichen und institutionellen Gegebenheiten zu tun, erläuterte Frey. Damit hänge das Glück der Menschen auch von der Politik ab. Für Frey stellen die Erkenntnisse der Glücksökonomik einen wichtigen Input für den politischen Diskurs dar. Von einer Maximierung des Glücks als politischem Ziel rät er jedoch dringend ab. Zum einen gebe es keinen benevolenten Diktator, der dieses Ziel tatsächlich anstreben würde. Zum anderen führe eine solche Instrumentalisierung zu Verzerrungen und strategischem Antwortverhalten bei der Glückserfassung.

*Dr. Susanne Neckermann,
neckermann@zew.de*

ZEW INTERN

Digitalisierung der ZEW-Discussion Papers erfolgreich abgeschlossen

In Zusammenarbeit mit der Zentralbibliothek Wirtschaftswissenschaften in Kiel/Hamburg (ZBW) konnte das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) die bisher noch nicht online erhältlichen ZEW Discussion Papers digitalisieren. Bisher waren von den Jahrgängen 1991 bis 1998 nur ver-

einzelte Publikationen über das Internet abrufbar. Auf der Webseite des ZEW, dem Wissenschaftsnetzwerk RePEc (Research Papers in Economics) und EconStor, dem Open-Access-Server der ZBW, sind die wissenschaftlichen Beiträge nun komplett verfügbar. Alle Paper wurden darüber hinaus im an-

wendungsfreundlichen OCR-Verfahren (Optical Character Recognition, Texterkennungungsverfahren) eingescannt, um eine einfache Zitation der Discussion Papers zu ermöglichen. Laut der statistischen Auswertung von RePEc gehören die ZEW Discussion Paper derzeit zu den „Top 25 Working Papers“ weltweit.

ZEW INTERN

Veränderungen im Aufsichtsrat des ZEW

Ernst Burgbacher MdB, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, ist neu in den Aufsichtsrat des ZEW berufen worden. Er folgt dort Dagmar Wöhl MdB, Staatssekretärin a. D., die aus dem Aufsichtsrat des ZEW ausgeschieden ist. Auch Klaus Tappeser, Ministerialdirektor im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, wurde neu in den Aufsichtsrat berufen. Er folgt Dr.

Dietrich Birk, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg. Der Aufsichtsrat des ZEW besteht aus elf Mitgliedern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Vorsitzender ist derzeit Gerhard Stratthaus MdL, Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin). Als stellvertretender Vorsitzender fungiert Dr. h.c. Eggert Voscherau, Präsident Bundesarbeitgeberverband Chemie.



Professor Dr. Dr. h. c. mult. Wolfgang Franz, Gerhard Stratthaus MdL, Dr. h. c. Eggert Voscherau sowie der kaufmännische Direktor des ZEW, Thomas Kohl (von links).

DGFP zu Gast am ZEW

Am 18. und 19. März 2009 traf sich der Arbeitskreis „Wissenschaft und Praxis“ der Deutschen Gesellschaft für Personalführung e.V. (DGFP) am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. Die DGFP ist die führende Fachorganisation für Personalmanagement und Personalführung in Deutschland. Ziel des Arbeitskreises ist eine enge Verbindung zwischen betrieblicher Praxis und Wissenschaft im Bereich des Personalmanagements.

Der erste Tag des Treffens fand in den Räumlichkeiten des ZEW in Mannheim statt. Am zweiten Tag besuchte die Gruppe die BASF SE in Ludwigshafen.

Am ZEW erwartete die Arbeitskreismitglieder eine Präsentation des Forschungsinstituts sowie ein Vortrag aus der personalökonomischen Forschung. Grit Mühler und Susanne Steffes aus dem Forschungsbereich „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ präsentierten aktuelle Ergebnisse zum Thema „Personalmanagement zwischen Wirtschaftskrise und demografischem Wandel“.

Vertrag von ZEW-Präsident Professor Franz verlängert

Professor Wolfgang Franz bleibt über 2011 hinaus Präsident des ZEW in Mannheim. Der Aufsichtsrat des ZEW hat beschlossen, den Vertrag mit ihm bis ins Jahr 2013 zu verlängern. Wissenschaftsminister Professor Dr. Peter Frankenberg und Finanzminister Willi Stächele begrüßten die Entscheidung: „Das ZEW hat sich unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Franz ausgesprochen erfolgreich entwickelt. Es zählt heute zu den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten in Deutschland und Europa.“ Professor Dr. Dr. h. c. mult. Wolfgang Franz ist seit April 1997 wissenschaftlicher Geschäftsführer (Präsident) des ZEW. Er leitet das Institut zusammen mit dem kaufmännischen Direktor, Thomas Kohl.

TERMINE

Neue Veranstaltungsreihe: ZEW-Innovationssymposium

Am 29. April 2010 findet erstmals das ZEW-Innovationssymposium statt. Unter dem Leitthema „Mit Innovationen aus der Krise: Erfolgreiche Ideengewinnung für Unternehmen“ diskutieren Innovationsforscher und renommierte Unternehmensvertreter die Kanäle und Prozesse für den Innovationserfolg. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie Ideen für Innovationen identifiziert werden können.

Nähere Information und Anmeldung bei Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de oder unter www.innovationssymposium.de

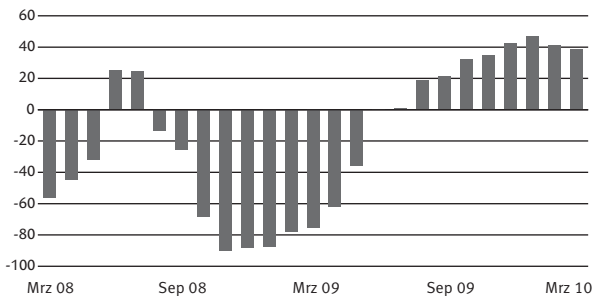
Mannheimer Unternehmenssteuertag 2010

Die Universität Mannheim und das ZEW organisieren auch in diesem Jahr wieder den „Mannheimer Unternehmenssteuertag“. Am 22. Juni 2010 werden namhafte Referenten aus Wissenschaft, Praxis und Verwaltung aktuelle Entwicklungen der nationalen und internationalen Unternehmensbesteuerung beleuchten. In diesem Jahr steht das Symposium unter dem übergeordneten Thema: „Steuerorientierte Bewertung“.

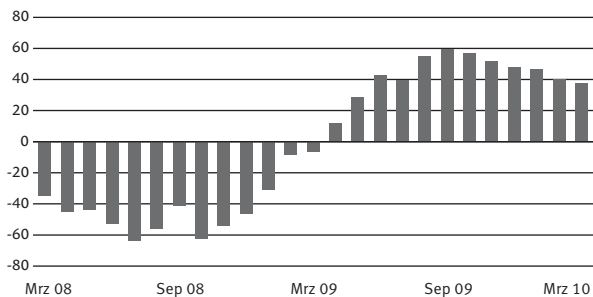
Nähere Informationen und Anmeldung bei Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de oder unter: www.unternehmenssteuertag.de

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im März 2010



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Unveränderte Leitzinsen erwartet

Der Leitzins der europäischen Zentralbank liegt wegen der Wirtschaftskrise derzeit auf einem historisch niedrigen Niveau von einem Prozent. Dies dürfte nach Einschätzung der Finanzmarktexperten vorerst so bleiben: Eine satte Mehrheit von 61,0 Prozent rechnet damit, dass sich auf Sicht der nächsten sechs Monate das kurzfristige Zinsniveau nicht verändern wird. Eine Mehrheit der Experten geht ebenfalls davon aus, dass die aktuell niedrige Inflationsrate in der Eurozone in den nächsten sechs Monaten nicht substantiell steigen wird.

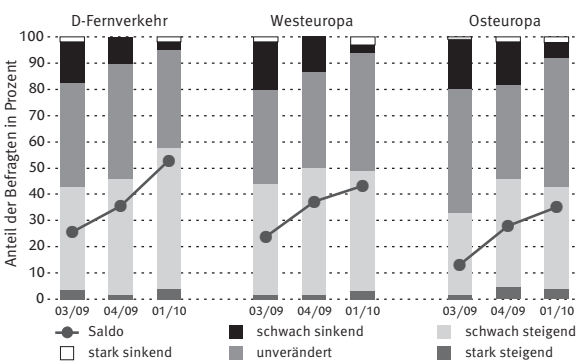
Christian D. Dick, dick@zew.de

Euroraum: Deutschland bewältigt Krise leichter

Nach Einschätzung der Finanzmarktexperten tun sich andere europäische Volkswirtschaften schwerer mit der Überwindung der Wirtschaftskrise als die deutsche. Dementsprechend liegt der Saldo der Konjunkturerwartungen für die Eurozone mit 37,9 Punkten ein gutes Stück unter den Erwartungen für Deutschland mit derzeit 44,5 Punkten. Ähnliches zeigt sich bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage: Diese beurteilen 62,7 Prozent der Befragten für die Eurozone als „schlecht“. In Bezug auf Deutschland sind 54,0 Prozent dieser Meinung.

Christian D. Dick, dick@zew.de

Steigendes Transportaufkommen im Straßengüterverkehr

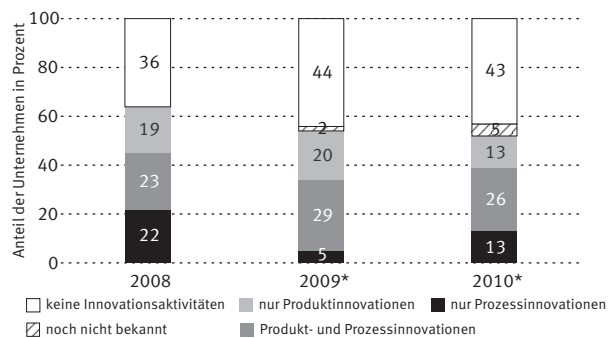


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ ZEW sehen in der ersten Erhebungsrunde 2010 Licht am Ende des Tunnels für die Entwicklung des Lkw-Transportaufkommens: Vor allem im deutschen Fernverkehr und im grenzüberschreitenden Verkehr mit Westeuropa überwiegen die Einschätzungen, dass die Nachfrage im kommenden halben Jahr wieder anziehen wird. Die Experten gehen davon aus, dass die erwartete Verbesserung der Auftragslage mit einer weiteren Stabilisierung der Preise im Straßengüterverkehr einhergehen wird. Allerdings erwartet ein Drittel der Befragten leicht steigende Preise.

Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de

Gummi- und Kunststoffverarbeitung: Starker Rückgang der Prozessinnovationen



* Plandaten vom Frühjahr/Sommer 2009.

Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Im Jahr 2008 trieben noch 45 Prozent der Unternehmen der gummi- und kunststoffverarbeitenden Industrie Prozessinnovationen voran. Die Planzahlen vom Frühjahr und Sommer 2009 zeigen dagegen nur mehr einen Anteil von 34 Prozent. Vor allem die Anzahl der Unternehmen, die Prozessinnovationen ohne Produktinnovationen entwickeln oder einführen möchten, sinkt dramatisch auf fünf Prozent (2008: 22 Prozent). Für 2010 ist wieder ein Anstieg des Prozessinnovatorenanteils zu erwarten. Der Einbruch 2009 ist Spiegelbild der gesunkenen Kapazitätsauslastung und der zusammengestrichenen Investitionsbudgets.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Pandorabüchsen

Zu den Aufräumarbeiten nach der Finanz- und Wirtschaftskrise gehören die Lehren, die aus diesen schmerzlichen Ereignissen zu ziehen sind. Deren zwei wurden besonders heftig und kontrovers diskutiert. Zum einen ging

es um eine Anhebung des Inflationsziels der Notenbanken von derzeit rund zwei v. H. auf das Doppelte, zum anderen um die Einrichtung eines „Europäischen Währungsfonds“ (EWF). Die beiden Vorschläge sind mit Ablehnung beziehungsweise Skepsis zu beantworten.

Popularität erlangte die Anhebung des Inflationsziels durch ein Diskussionspapier der Forschungsabteilung des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom Februar 2010. Zu den drei Autoren gehört mit Oliver Blanchard der Direktor der Forschungsabteilung, einer der international renommiertesten Makroökonomien, also nicht irgendwer und nicht jemand, der nicht weiß, was er tut, vor allem was den Zeitpunkt seiner Veröffentlichung angeht.

Inhaltlich soll mit einem glaubwürdig höheren Inflationsziel die Geldpolitik in die Lage versetzt werden, den Realzins, also die Differenz zwischen Nominalzins und erwarteter Inflationsrate, stärker zu senken und so beispielsweise die Investitionstätigkeit zu stimulieren. Die Kosten einer Inflationsrate in Höhe von vier v. H. seien dagegen vermutlich nicht viel höher als die einer Preissteigerungsrate von etwa zwei v. H. Die Autoren greifen damit eine seit langem bekannte These auf, gemäß der sich Unternehmen, Arbeitnehmer und Vermögensbesitzer auf eine antizipierte und konstante Inflationsrate einstellen können, indem diese in den entsprechenden Verträgen, also etwa Verkaufs-, Lohn- und Kreditabkommen, Berücksichtigung findet.

Das Gegenargument ist einfach und durchschlagend. Wird die Büchse der Pandora erst einmal geöffnet, gibt es bezüglich des Inflationsziels womöglich kein Halten mehr. Wieso nicht gleich sechs oder acht v. H.? Um es mit zwei bekannten Redewendungen auszudrücken: Wer mit der Inflation flirtet, wird von ihr geheiratet, und mit der Inflation ist es

(danach) wie mit der Schwangerschaft, nämlich ganz oder gar nicht. Ausgerechnet zu einer Zeit, in der sich zahllose Bürger Sorgen machen, ob die Staaten sich einer überbordenden Verschuldung, wie früher oftmals geschehen, durch eine Inflation real zu entledigen suchen, stößt der IWF eine solche Debatte an und schürt das Misstrauen hinsichtlich einer stabilitätsorientierten Geldpolitik. Si tacuisses!

Beim EWF hätte ebenfalls die Gefahr bestanden, dass eine Büchse der Pandora geöffnet wird, nämlich als Freifahrtschein für finanzpolitischen Schlendrian. Ein EWF könnte hochverschuldete Staaten in Versuchung führen, sich auf seine Hilfen zu verlassen und die Kosten einer allzu laxen Finanzpolitik auf andere Staaten abzuwälzen. Ein Finanzausgleich innerhalb der EU wäre indes ein ökonomisches Desaster, nicht zuletzt für Deutschland.

Trotz dieser Bedenken hat die Diskussion um einen EWF den Finger zu Recht auf eine Wunde gelegt. Die Misere in Griechenland und einigen anderen EU-Staaten zeigt die mangelnde Funktionstüchtigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) der EU auf. Er ist im Hinblick auf seine Auflagen und Sanktionen („korrigierender Arm“) ein zahnloser Tiger und sein „präventiver Arm“ hat die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Mehr noch, die institutionelle Infrastruktur für den Umgang mit in Liquiditätsschwierigkeiten geratenen Staaten ist zumindest unzureichend. So gesehen könnte eine EWF diese Funktion erfüllen, nämlich eine sanktionsbewehrte Überwachung vor und während eines Haushaltsnotstands bis hin zur Abwicklung einer staatlichen Insolvenz, gegebenenfalls als Rausschmiss aus der Euro-Zone.

Eine überzeugendere Alternative stellt der vom Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten vorgeschlagene Konsolidierungspakt dar. Er enthält eine Reihe von zusätzlichen Verpflichtungen, welchen den SWP wieder härten.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2010